

38/90 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Es bleibt dabei: Keine Steuererhöhungen für die deutsche Einheit

Die SPD versucht aus der Tatsache, daß der Bundeskanzler die Prüfung von Umweltabgaben angekündigt hat, den Vorwurf einer Steuerlüge zu konstruieren. Dieser Vorwurf ist absurd, denn die Notwendigkeit von Abgaben zur Finanzierung von noch mehr Umweltschutz haben wir immer betont. Das haben wir übrigens bereits auf dem Bremer Parteitag im September 1989 beschlossen, also lange bevor absehbar war, daß die deutsche Einheit möglich wurde. In unserem Wahlprogramm heißt es:

„Wir werden die Leistungs- und Innovationskraft der Sozialen Marktwirtschaft verstärkt in den Dienst der Umwelt stellen. Dazu setzen wir alle marktwirtschaftlichen Anreize bis hin zu Abgaben und differenzierten Steuern gezielt ein. Die Kfz-Steuer werden wir durch eine Schadstoffsteuer ersetzen, eine CO₂-Abgabe soll EG-weit erhoben und eine Depo- nieabgabe für Sonderabfälle eingeführt werden.“

Abgaben sind ein wichtiges Mittel, um umweltfreundliches Verhalten zu belohnen und umweltschädliches Verhalten zu bestrafen. Ziel von Abgaben ist nicht — im Gegensatz zu Steuern — möglichst viel Geld in die Staatskassen zu bekommen; Abgaben sind zweckgebunden, d. h. ihr Aufkommen kommt direkt und ausschließlich dem Umweltschutz zugute.

Umweltabgaben haben mit der Finanzierung der deutschen Einheit nichts zu tun, denn im Idealfall —
(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **KSZE-Gipfel**
Wir schaffen Frieden. Seite 6
- **Finanzen**
Die Eckwerte des Bundeshaushaltes 1991. Seite 7
- **Umweltschutz**
CDU baut ihre Vorreiterrolle aus. Seite 10
- **Norbert Blüm**
Auf gutem Kurs! Die Renten bleiben sicher. Seite 12
- **Berlin**
Rot-grüne Wählertäuschung. Seite 21
- **Wahl**
Letzte Tips zum Endspurt. Seite 23
- **Dokumentation**
Deutsche Politik ist und bleibt Friedenspolitik/Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 15. November 1990. Grüner Teil

Das nächste UID erscheint am
6. Dezember 1990
mit den Wahlergebnissen

(Fortsetzung von Seite 1)

wenn sich alle Bürger umweltbewußt verhalten — nimmt der Staat gar kein Geld ein.

Im Gegensatz zur SPD, die dafür die Steuern erhöhen will, bleibt die CDU dabei: Keine Steuererhöhung zur Finanzierung der deutschen Einheit. Unser Konzept steht: Wir setzen auf Wirtschaftswachstum, Einsparungen, Umschichtungen, Subventionsabbau und einen angemessenen Beitrag der westlichen Bundesländer.

Fazit: Die SPD will höhere Steuern zur Finanzierung der deutschen Einheit und Umweltabgaben. Die CDU sagt: Keine höheren Steuern zur Finanzierung der deutschen Einheit, **nur** Umweltabgaben.

Deshalb bleibt es dabei: Wenn immer es neue Aufgaben zu lösen gilt, fällt der SPD eines immer zuerst ein: Steuererhöhungen. In ihrer Regierungszeit hat sie 17 mal die Steuern erhöht; allein in den letzten vier Jahren hat sie 48 Steuer- und Abgabenerhöhungspläne vorgelegt. Im Gegensatz dazu hat die CDU die Steuern

„1. Es bleibt dabei: Keine Steuererhöhung für die deutsche Einheit.

2. Die Äußerungen des Bundeskanzlers und des Bundesfinanzministers zu möglichen Abgaben im Umweltbereich entsprechen dem Prüfungsauftrag des Bundeskabinetts vom 7. November 1990 und den seit langem bekannten Parteibeschlüssen der Union. Die Bonner Koalition ist in dieser Frage einer Meinung.

3. Es ist Ausdruck politischer Ehrlichkeit, wenn wir unsere Haltung, unsere Absichten und die bestehenden Prüfungsaufträge deutlich und rechtzeitig vor der Wahl bekanntgeben.“

(Kanzleramtsminister Rudolf Seiters am 19. November 1990)

gesenkt. Im Vergleich zu 1985 zahlen die Bürger 1990 50 Milliarden Mark weniger Steuern.

Wir reden vor der Wahl nicht anders als nach der Wahl. Wir haben den Bürgern 1983 und 1987 klar gesagt, was auf sie zukommt. Das gilt auch jetzt.

Das hat die CDU auf dem Bremer Parteitag u. a. beschlossen:

● „Markt und Paragraphen, Anreize und Gebote, müssen die Triebkräfte dynamischer Umweltpolitik in einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft sein. Dies ist unverwechselbares Markenzeichen unserer Umweltpolitik.“

● „Anreize zu umweltgerechtem Verhalten ergänzen die strikte Anwendung des Verursacherprinzips und unterstützen das Vorsorgeprinzip. Jeder muß die Kosten tragen, die aus seinem Verhalten als Produzent oder Konsument resultieren.“

● „Marktwirtschaftliche Anreize sind der beste Weg, damit die Dynamik des technischen Fortschritts gezielt zur Verbesserung des Umweltschutzes angeregt und genutzt wird:

— Abgaben als marktwirtschaftliche Instrumente müssen umweltfreundliches Verhalten belohnen und umweltfeindliches Verhalten bestrafen. Lenkungsabgaben sind vor allem dort erforderlich, wo Verbote nicht möglich und nachträgliche Beseitigungen nicht verantwortbar sind,

so z. B. beim Flächenverbrauch. Wir wollen jedoch keine Inflation von Abgaben.

— Für Steuern und Abgaben in der Umweltpolitik gilt für uns: Im Vordergrund steht der Anreiz für umweltfreundliches Verhalten, nicht dagegen das Aufkommen... Einnahmen aus diesen Umweltafgaben sind zweckgebunden für den Umweltschutz zu verwenden.“

● „Die Überzeugungskraft für international solidarischen Handel ist von der Konsequenz unseres eigenen Handelns abhängig... Die hochentwickelten Industrieländer mit ihrem hohen Pro-Kopf-Verbrauch an Energie müssen hier vorangehen. Gerade sie müssen Maßnahmen zur rationellen und klimaverträglichen Energieverwendung ergreifen. Dabei ist auch die Einführung einer CO₂-Abgabe zu prüfen.“

● „Neben dem Verbot gefährlicher Stoffe muß die Möglichkeit geschaffen werden, einzelne umweltrelevante Stoffe auch mit spezifischen Abgaben zu verteuern, damit sie weniger eingesetzt werden.“

FDP-Kritik unberechtigt

Die Kritik von Graf Lambsdorff an der CDU ist unberechtigt. Dazu CDU-Generalsekretär Volker Rühle: „Wer diese Abgaben kritisiert, muß sich fragen lassen, ob er nur vom Umweltschutz redet oder wirklich etwas tun will.“

Auch die FDP-Minister im Bundeskabinett haben am 7. November 1990 dem nationalen Kohlendioxid-Minderungsprogramm zum Klimaschutz zugestimmt. Gemeinsames Ziel ist die Verringerung des CO₂-Ausstoßes in Deutschland um mehr als 25 Prozent bis zum Jahr 2005. Nur über den Weg dorthin gibt es noch keine Einigung: Die FDP befürwortet eine Klimaschutzsteuer, die CDU eine CO₂-Abgabe. Jetzt erarbeiten die zustän-

digen Ministerien für beide Möglichkeiten Vorschläge.

Fest steht: Umweltpolitisch überzeugender als die Klimaschutzsteuer ist die CO₂-Abgabe, denn deren Aufkommen fließt zweckgebunden und ausschließlich dem Umwelt- bzw. Klimaschutz zu.

Im übrigen fordert die FDP selbst in ihrem Wahlprogramm außer der Klimaschutzsteuer auch noch eine „Pflanzenschutzabgabe“, eine „Emissionsabgabe auf Schadstoffe“ im Bereich der Luftreinhaltung und eine „Deponieabgabe für Sonderfälle“.

SPD-Ökosteuerkonzept untauglich

Mit ihrem Ökosteuerkonzept setzt die SPD am falschen Hebel an: Wenn weniger Auto gefahren wird, weil das Benzin

Das sagt Bundeskanzler Helmut Kohl:

„Wenn ich sage, keine Steuererhöhung im Zusammenhang mit der deutschen Einheit, sage ich dies, weil ich sicher bin, daß wir die Finanzierung der Probleme der deutschen Einheit schaffen können ohne Steuererhöhung. Aber den Umweltschutz, die Verbesserung der dramatischen Verhältnisse, werden wir nur schaffen, wenn wir auch bereit sind, dafür etwas zu zahlen.“

(Tagesschau, 19. November 1990, 17.15 Uhr)

„Gesunde Umwelt wird Geld kosten; das muß man auch dem Bürger vor der Wahl sagen.“

(Tagesschau, 19. November 1990, 20.00 Uhr)

Quelle: Bundespresseamt, Fernseh-, Hörfunkspiegel I vom 20. November 1990

teurer geworden ist, dann fehlen der SPD die Steuereinnahmen, die sie anderweitig verplant hat. Und das bedeutet: ständige Steuererhöhungen oder steigende Staatsverschuldung.

Wenn die Steuereinnahmen aber wie geplant fließen, dann wird nicht weniger Auto gefahren. Die Umwelt wird nicht entlastet.

Das abgasarme Auto wird gefördert

Die SPD will das Autofahren vermiesen. Die CDU dagegen will Autofahrer belohnen, wenn sie Wagen fahren, die möglichst wenig Schadstoffe in die Luft blasen. Deshalb wollen wir nicht das Benzin, sondern den Schadstoffausstoß teuer machen. Die Kfz-Steuer soll sich künftig nicht mehr am Hubraum, sondern am Schadstoff orientieren; die Kfz-Steuer soll damit wie eine Schadstoffsteuer wirken. Wer ein umweltfreundliches Auto fährt, zahlt weniger als derjenige, der die Umwelt belastet.

Das setzt auch die richtigen Impulse für die Automobilindustrie. Wer künftig keine schadstoffarmen Autos anbietet, wird auf seinen Autos sitzenbleiben. Die Deutschen bauen die besten Autos der Welt. Deshalb sind sie auch in der Lage, Autos zu bauen, die im Schnitt nicht mehr 9 Liter, sondern nur noch 5 Liter auf 100 Kilometer verbrauchen. Damit läßt sich auch viel Geld verdienen, weil Umwelttechnologie eine Zukunftsbranche ist. So schafft das Konzept der CDU auch mehr Arbeitsplätze.

Das SPD-Konzept ist wohlstands- und beschäftigungsfeindlich: Denn höhere Energiesteuern belasten die Unternehmen. Das aber bedeutet: weniger Umweltforschung und -investitionen und weniger Investitionen in neue Arbeitsplätze.

Schmidt: Lafontaine wird Wahl verdient verlieren

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in einem Interview der liberalen Rotterdamer Zeitung „Algemeen Dagblad“ erklärt, der SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine werde die Wahlen verlieren — „und das verdient er auch“. Die Gründe für diese Niederlage wollte Schmidt nicht nennen: „Ich bin bereit, über alles zu sprechen, aber nicht über Lafontaine und dessen Chancen.“

Große Zustimmung für Helmut Kohls Auftritt im Fernsehen

Bundeskanzler Helmut Kohl ist einer Umfrage zufolge im ARD-Gespräch am vergangenen Mittwoch (14. 11. 1990) besser angekommen als sein Herausforderer Oskar Lafontaine, der sich zwei Tage zuvor den Fragen der Journalisten gestellt hatte. Bei mehr als 1.200 Fernsehzuschauern ermittelten die Tübinger Wickert Institute für Kohl eine Durchschnittsnote von 2,1, für Lafontaine dagegen nur 3,9.

Wie es in der Umfrage weiter heißt, vertrauten 62 Prozent der Befragten die Ansicht, daß der Kanzler sie mit seinen Argumenten überzeugen konnte. Nur 32 Prozent fanden die Argumente des SPD-Kanzlerkandidaten überzeugend.

Zitat

„Er hat was Neues entdeckt — daß die Billion zwölf Nullen hat. Er ist die dreizehnte Null.“

Max Streibl über Oskar Lafontaine

Friedrich Bohl:

Wer mehr Dreck macht, der soll mehr bezahlen

Angesichts der Berichte über Äußerungen des Bundeskanzlers und des Bundesfinanzministers zur Finanzpolitik in der kommenden Legislaturperiode verweise ich auf den Text der Ziffer 17 des Wahlprogramms der CDU. Dieser Text ist seit Wochen bekannt und entspricht dem, was der Bundeskanzler und der Bundesfinanzminister am Wochenende erklärt haben. Daraus wird klar ersichtlich, daß sich die Position der Bundesregierung keineswegs geändert hat. Zum Teil wird offenbar bewußt versucht, uns eine Änderung unserer Linie zu unterstellen.

Wie es im Wahlprogramm schon heißt, werden wir auch künftig „alle marktwirtschaftlichen Anreize bis hin zu Abgaben und differenzierten Steuern gezielt“ einsetzen. So soll z. B. die Kfz-Steuer durch eine Schadstoffsteuer ersetzt und eine CO₂-Abgabe EG-weit erhoben werden. Wer mehr Dreck macht, soll mehr bezahlen. Wer weniger macht, soll weniger bezahlen.

Wenn jetzt von der Opposition versucht wird, uns Steuererhöhungen zu unterstellen, weil wir ein differenziertes Abgabensystem vorschlagen, so ist dies der untaugliche Versuch, allgemeine Steuererhöhungen mit gezielt einsetzbaren Abgaben für gesetzlich festgeschriebene Zwecke gleichzusetzen. Damit soll offensichtlich vertuscht werden, daß die SPD und ihr Kandidat Lafontaine allgemeine Steuererhöhungen ohne Zweckbindung längst beschlossen haben.

Wir werden auf diese durchsichtige Strategie nicht hereinfallen. Wir behalten unsere Linie bei. Sie hat sich durch die Äußerungen des Bundeskanzlers und des Bundesfinanzministers vom Wochenende nicht verändert.

Wahlprogramm der CDU, Ziffer 17 (Auszug):

„Wir werden die Leistungs- und Innovationskraft der Sozialen Marktwirtschaft verstärkt in den Dienst der Umwelt stellen.

Dazu setzen wir alle marktwirtschaftlichen Anreize bis hin zu Abgaben und differenzierten Steuern gezielt ein. Die Kfz-Steuer werden wir durch eine Schadstoffsteuer ersetzen, eine CO₂-Abgabe soll EG-weit erhoben und eine Deponieabgabe für Sonderabfälle eingeführt werden.

Umwelt konnte lange zum Nulltarif in Anspruch genommen werden. Durch Gebote und Verbote und durch marktwirtschaftliche Regelungen wird der Verbrauch von Umwelt, wo immer möglich, mit einem Preis belegt werden. Umweltfreundliches Verhalten soll sich auszahlen. Wer die Umwelt schädigt, muß für die Kosten einstehen.“

Meisterleistung

Bei der Vorstellung seines Buches „Das deutsche Wagnis“ stellte der ehemalige Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnányi bezüglich der Deutschlandpolitik wörtlich fest: „Was Kanzler Kohl und Außenminister Genscher gemacht haben, ist eine Meisterleistung allererster Ordnung.“

Die SPD redet viel vom Frieden —

Wir schaffen Frieden

**Der Pariser KSZE-Gipfel zeigt:
Ein neues Zeitalter des Friedens und
der Zusammenarbeit kann beginnen.**

Das alles hätte es nicht gegeben, wenn sich die SPD 1982/83 durchgesetzt hätte. Sie hat den Freiheitswillen der Menschen in Osteuropa und die internationale Entwicklung falsch eingeschätzt. Deshalb hat sie in historischen Situationen 1982/83 und 1989 völlig versagt. 1982/83 hat die SPD versucht, Kriegsfurcht und Raketenangst zu verbreiten. Sie hat von „Eiszeit“, „Raketenzaun“ gesprochen.

Und heute haben wir Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit wie nie. Für uns Deutsche heißt das:

- 43 Prozent weniger Panzer,
- 46 Prozent weniger Artillerie,
- 36 Prozent weniger Soldaten,
- Abzug aller chemischen Waffen,
- Beseitigung aller Mittelstreckenwaffen in Europa;
- Verkürzung der Wehrdienstzeit auf 12 Monate;
- die sowjetischen Truppen werden innerhalb der nächsten vier Jahre aus Deutschland abgezogen.

Immer mehr erweist es sich, daß die deutsche Einheit ein Friedensprogramm für Deutschland und Europa ist.

Helmut Kohl hat sein Versprechen von 1982 gehalten: „Frieden schaffen mit weniger Waffen!“

Noch nie hatten wir Deutschen bessere Chancen auf eine gemeinsame Zukunft in Frieden und Freiheit. Gemeinsam können wir jetzt die Folgen der Teilung beseitigen, Wohlstand und soziale Sicherheit für alle Deutschen erarbeiten und in

Ost und West Natur und Umwelt schützen.

1982/83 versuchte die SPD, den Menschen Angst zu machen.

1989 wollte sie die Einheit nicht und warnte vor den Folgen der Einheit.

Und heute will sie den Deutschen mit einer kleinlichen Kostendiskussion wieder Angst machen.

Die SPD hat 1982/83 in einer historischen Situation versagt, als es um Frieden und Freiheit ging. Sie versagt heute wieder in der historischen Situation, in der es um den Aufbau unserer gemeinsamen Zukunft im geeinten Deutschland geht.

Immer mehr Sowjetbürger mögen die Deutschen

Die Mehrheit der Sowjetbürger beurteilt die Wiedervereinigung Deutschlands positiv. Auch die Beliebtheit der Deutschen und die Bereitschaft zur Kooperation mit ihnen sind in der Sowjetunion gestiegen. Dies hat die erste von der Bundesregierung veranlaßte Meinungsumfrage in der Sowjetunion ergeben.

Insgesamt sind im September und Oktober 3.926 Bürger in allen Teilen der Sowjetunion und aus allen Alters- und Berufsschichten vom Centrum für Sozialforschung und Marktforschung in der UdSSR (VICOM Moskau) in Zusammenarbeit mit der Münchner Marktforschungsgesellschaft Sinus befragt worden.

Über Bundeskanzler Helmut Kohl haben 48 Prozent der Sowjetbürger eine gute und nur fünf Prozent eine schlechte Meinung.

Eckwerte des Bundeshaushalts 1991

Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit sind unnötig. Sie wären sogar schädlich für Wachstum, Arbeitsplätze, Einkommen, Investitionen und die Finanzierung unserer sozialen Sicherheit. Neben einer begrenzten Neuverschuldung müssen jedoch auch Einsparungen vorgenommen werden.

So sieht das Finanzierungskonzept der Bundesregierung aus:

1 Wirtschaftswachstum

Ein Prozentpunkt mehr Wachstum bedeutet — bezogen auf das bisherige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland — rund 6 Milliarden DM mehr Steuereinnahmen.

2 Neuverschuldung

Die Neuverschuldung 1991 wird auf 70 Milliarden DM begrenzt. Wichtig ist: Sie wird bis 1994 stufenweise auf unter 30 Milliarden DM zurückgeführt. Dafür bürgt die solide Finanzpolitik der Bundesregierung seit Amtsantritt von Bundeskanzler Helmut Kohl.

3 Einsparungen

Rund 35 Milliarden DM werden 1991 eingespart und zugunsten des Aufbaus der neuen Bundesländer umgeschichtet. Der Anstieg der Ausgaben soll bis 1994 auf durchschnittlich 2 Prozent pro Jahr begrenzt werden.

● Wirtschaftswachstum

Die Bundesregierung erwartet

- für den Westen Deutschlands ein Wirtschaftswachstum von 3 bis 3,5 Prozent
- für den Osten Deutschlands einen kräftigen Aufschwung im Frühjahr

- für Gesamtdeutschland ein Wirtschaftswachstum von 2 bis 3 Prozent.

● Neuverschuldung

Eine vorübergehend höhere Neuverschuldung ist vertretbar, denn damit werden vor allem Investitionen in die Infrastruktur der neuen Bundesländer finanziert. So schaffen wir dort die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung. Das wiederum schafft und sichert Wohlstand und Arbeitsplätze in ganz Deutschland.

Die Neuverschuldung aller öffentlichen Haushalte soll 1991 auf höchstens 140 Milliarden DM, d.h. auf 5 Prozent des Bruttosozialprodukts, begrenzt werden.

Diese Quote ist nach Expertenmeinungen nicht problematisch. 1975 lag sie bei 6,2 Prozent und war damit wesentlich höher; 1981 war sie mit 4,9 Prozent ähnlich hoch. Damals mußten keine Kosten für die deutsche Einheit aufgebracht werden. Bis 1994 soll die Neuverschuldung aller öffentlichen Haushalte wieder auf deutlich unter 100 Milliarden DM und damit auf unter 3 Prozent des Bruttosozialprodukts sinken.

● Einsparungen

Alle Ausgaben müssen daraufhin überprüft werden, ob sie erforderlich sind oder ob sie begrenzt, gestreckt oder umgeschichtet werden können. Insbesondere im Verteidigungshaushalt kann deutlich gespart werden. Sparen müssen aber auch Länder und Gemeinden.

● Subventionsabbau

Alle Subventionen gehören auf den Prüfstand. Insbesondere die Berlin- und Zonenrandförderung muß bis 1994 zügig

abgebaut werden, auch um für künftige private Investitionsentscheidungen ein Fördergefälle zugunsten der neuen Bundesländer zu erreichen.

● Privatisierung

Die Privatisierung von Unternehmen in öffentlicher Hand muß konsequent fortgesetzt werden — und zwar im Osten wie im Westen Deutschlands. Die private Finanzierung und Durchführung von Investitionsprojekten — z.B. im Kläranlagen- und Straßenbaubereich — soll die Staatskasse zusätzlich entlasten.

● Stärkere Länderbeteiligung

Die westlichen Bundesländer müssen einen größeren Anteil der Kosten übernehmen. Für den Bund betragen die einigungsbedingten Lasten 1991 rund 70 Milliarden DM; für die westlichen Bundesländer rund 1 Milliarde DM. Bis 1994 betragen die zusätzlichen Lasten der Bundesländer und Gemeinden nur ein Fünftel der zusätzlichen Lasten des Bundes.

„Die deutsche Einheit wird auf Dauer in allen Teilen der Bundesrepublik zu nachhaltigen Wachstums- und Wohlfahrtseffekten führen.“ (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände)

Kohl sagt Unterstützung zu

Bundeskanzler Helmut Kohl und der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow haben am Rande des KSZE-Gipfels in Paris eine Hilfsaktion auf privater Basis für die Bevölkerung der UdSSR vereinbart. Wie Kohl in Paris mitteilte, sollen dabei die spontanen Hilfen aus der Bevölkerung der Bundesrepublik etwa in Form von Lebensmitteln und Arzneien schnell und unbürokratisch die Sowjetbürger erreichen.

Parteifinanzen:

Vermögensverzicht auch notariell unterzeichnet

Der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl, und CDU-Generalsekretär Volker Rühle haben eine notarielle Urkunde unterzeichnet, in der die CDU Deutschlands unwiderrücklich gegenüber der Treuhand-Anstalt und der Unabhängigen Kommission den Verzicht auf die Vermögenswerte der ehemaligen CDU der DDR erklärt.

Der Verzicht umfaßt die im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt der CDU Deutschlands liegenden Vermögenswerte der ehemaligen CDU der DDR, einschließlich der Vermögenswerte der ehemaligen Demokratischen Bauernpartei, die auf Grund der zuvor erfolgten Vereinigung mit der ehemaligen CDU der DDR ebenfalls auf die CDU Deutschland übergegangen sind. Es handelt sich im einzelnen um:

- alle Eigentumsrechte, insbesondere an Grundstücken und Gebäuden
- alle Rechtsträgerschaften an Grundstücken und Gebäuden oder die damit verbundenen Rechte und Ansprüche
- alle Rechte und Ansprüche aus Gesellschaftsrechten der Union-Verwaltungsgesellschaft mbH in Gründung, in der sämtliche Wirtschaftsbetriebe sowie Feriengheime der ehemaligen CDU der DDR zusammengefaßt sind.

Mit der Unterzeichnung ist endgültig und notariell beurkundet sichergestellt, daß die CDU Deutschlands keine Vermögenswerte der ehemaligen CDU der DDR übernehmen wird.

Große Fortschritte im Naturschutz

Seit 1982 sind große Fortschritte im Naturschutz erreicht worden. So haben sich etwa

- die in den alten Bundesländern ausgewiesenen Naturschutzgebiete seit 1982 nahezu verdoppelt. Während 1982 die Zahl der Naturschutzgebiete noch bei 1.682 lag, hatten wir 1988 bereits 3.063 Naturschutzgebiete. Auch die Fläche der Naturschutzgebiete hat sich seit 1982 erheblich erhöht: 1982 lag der Anteil der Naturschutzgebiete an der Landesfläche bei rund 0,8 Prozent. Im Jahr 1988 lag ihr Flächenanteil bei knapp 1,4 Prozent

- die Aufwendungen für Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege mehr als verdoppelt. Der Bundesumweltminister förderte im Haushaltsjahr 1988 derartige Vorhaben noch mit 4,4 Millionen Mark. Im Jahr 1990 sind für diese Zwecke 10,4 Millionen Mark vorgesehen. Mit der Förderung sollen insbesondere Erkenntnisse zur Renaturierung bundesweit gefährdeter Biotop-typen oder zur Schaffung von Biotop-Verbundsystemen gewonnen werden.

- die finanziellen Mittel des Bundes für Naturschutzvorhaben gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung vervielfacht. Vor 1987 standen für die Förderung derartiger Vorhaben vier bis sieben Millionen Mark jährlich zur Verfügung. Seit 1987 waren es zehn Millionen Mark, ab 1990 sind es 25 Millionen Mark jährlich.

Wir halten es für eine vorrangige Aufgabe des Naturschutzes, noch vorhandene natürliche und naturnahe Gebiete sowie die Restbestände aller selten gewordenen Biotope unbedingt zu erhalten und diese durch Renaturierungsmaßnahmen wieder zu vergrößern, zu vermehren und danach miteinander zu „ver-

netzen“, stellt Bernd Schmidbauer, Umweltpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest.

Die Natur muß in ihrer ganzen landschaftlichen und ökologischen Vielfalt geschützt werden, um so auch die Pflanzen- und Tierarten mit ihren sehr unterschiedlichen Lebensraumsprüchen ausreichend zu schützen und ihre Existenz zu sichern.

Zitat

Ein echter Freund

Ich werde nie den 9. November 1989 vergessen, an dem ich die Nachricht aus Berlin erhielt, daß die Mauer durchbrochen war. Bald war die Welt von atemberaubenden Bildern gefesselt, von Bildern des Jubels und des Triumphs, als Tausende von Deutschen sich über die Betonmauer, die ihre Nation so lange geteilt hatte, die Hand reichten. Das war ein aufregender Moment für mich. Ich freue mich ganz besonders, diesen Augenblick heute in der Heimatstadt des ersten Bundeskanzlers des neuen Deutschland, des Bundeskanzlers Helmut Kohl, der dort die Vereinigung herbeiführte, begehen zu können.

Ich bin auch deshalb hier, weil die Einigung Deutschlands nicht nur Anlaß zur Feier für ein Volk ist. Sie ist Anlaß zur Feier für alle, die die Freiheit lieben. Ich darf Ihnen sagen, daß kein Volk der Erde sich mehr über Ihren Erfolg freut als Ihre Freunde in Amerika. Ich danke Ihnen, Herr Bundeskanzler, für das, was Sie gesagt haben über Zusammenhalten im Angesicht der Tyrannei und im Kampf darum, daß die Aggression in dieser Welt nicht belohnt wird.

George Bush in Speyer

Umweltschutz:**CDU baut Vorreiterrolle aus**

Keine Regierung nimmt den Umweltschutz so ernst wie die Regierung Helmut Kohl. Zwei kürzlich gefaßte Beschlüsse stellen dies erneut unter Beweis:

Klimaschutzprogramm

Bis zum Jahr 2005 will die Regierung Helmut Kohl den klimagefährdenden Kohlendioxid-Ausstoß CO₂ auf dem Gebiet der bisherigen Bundesrepublik um 25 Prozent vermindern. In den fünf neuen Bundesländern, wo der Ausstoß mit 22,4 Tonnen pro Kopf und Jahr fast doppelt so hoch ist wie in Westdeutschland, soll prozentual deutlich mehr reduziert werden.

Damit wird unser Land wieder einmal seiner Vorreiterrolle im Umweltschutz gerecht. Wir warten mit konkreten Maßnahmen nicht bis zur Unterzeichnung der Weltklimakonvention 1992 auf der UN-Konferenz in Brasilien. Jetzt müssen andere Länder diesem Beispiel folgen.

Unser Maßnahmenkatalog:

- Mit besserer Wärmedämmung und Heizungstechnik kann der CO₂-Ausstoß vermindert werden. Deshalb sollen die Wärmeschutzverordnung, die Heizungsanlagenverordnung und die Kleinf Feuerungsanlagenverordnung geändert werden.
- Die industrielle Abwärme soll als Energiequelle genutzt, der Wirkungsgrad von Kohlekraftwerken durch eine Neufassung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung erhöht werden.

- Die Kfz-Steuer soll sich nicht mehr am Hubraum, sondern am Schadstoffausstoß orientieren.

- In der EG will die Bundesregierung durchsetzen, daß künftig Autos gebaut werden, die erheblich weniger Benzin verbrauchen und damit weniger CO₂ ausstoßen.

- Das Energiewirtschaftsgesetz soll so geändert werden, daß die ökologischen Ziele gleichberechtigt neben energiewirtschaftlichen stehen.

Die CDU und Bundesumweltminister Klaus Töpfer fordern die Einführung einer CO₂-Abgabe, deren Aufkommen zweckgebunden für Förderkonzepte mit Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden muß: für Wärmedämmung und Heizungstechnik im Gebäudebereich; den Ausbau der Fernwärmeversorgung; den Einsatz erneuerbarer Energien wie Wind, Wasser und Sonne; die rationelle und sparsame Energieverwendung sowie für die verstärkte Nutzung umweltfreundlicher Verkehrssysteme.

Bundesumweltminister Klaus Töpfer: „Die Verwirklichung unseres Ziels erfordert Anstrengungen von allen: von der Industrie, der Energiewirtschaft, den Autofahrern und den Verbrauchern.“

Verpackungsverordnung

Mit Rücknahme und Pfandpflichten geht die Regierung Helmut Kohl jetzt rigoros gegen die Verpackungsflut vor. Gegen große Widerstände hat sie eine Verordnung zur Vermeidung von Verpackungsabfällen durchgesetzt. Damit soll der Verpackungsabfall um 6 bis 8 Millionen Ton-

nen pro Jahr verringert werden. Einschneidende Maßnahmen sind deshalb beschlossen worden:

● Für Erzeuger und Hersteller von **Transportverpackungen** gilt ab dem 1. Dezember 1991 eine Rücknahme- und Verwertungspflicht.

● Händler müssen **Umverpackungen** — das sind Verpackungen, die Ladendiebstahl verhindern sollen oder Werbe Zwecken dienen — ab dem 1. April 1992 an der Kasse selbst entfernen.

● Händler sind vom 1. Januar 1993 an verpflichtet, gebrauchte **Verkaufsverpackungen** im Laden oder in unmittelbarer Nähe davon zurückzunehmen und zu verwerten.

● Für **Einweg-Getränkeverpackungen, Verpackungen für Wasch- und Reinigungsmittel sowie für Dispersionsfarben** wird ab dem 1. Januar 1993 zusätzlich ein Pflichtpfand von 50 Pfennigen eingeführt.

Die Verordnung soll nach dem Verursacherprinzip Hersteller und Handel ver-

Wußten Sie schon, daß die SPD auch beim Abfall auf die falschen Konzepte setzt? Sie schlägt Verpackungsabgaben vor, die aber nur auf die Preise abgewälzt werden. Der Verbraucher zahlt die Zeche, nicht der eigentliche Verursacher. Zur Verbesserung der Entsorgungssituation trägt das nicht bei.

pflichten, für die Entsorgung der Verpackungsabfälle die Verantwortung zu übernehmen.

Die Wirtschaft hat jedoch eine Alternative zu den Rücknahme und Pfandpflichten: Sie kann eine zweite — „duale“ — Entsorgungsschiene mit Wertstofftonnen für jeden Haushalt neben der kommunalen Entsorgung aufbauen. Strenge Vorschriften (Erfassungs- und Sortierungsquoten, Recyclingpflichten) gewährleisten, daß auch damit die Verpackungsflut gestoppt wird. Im übrigen ist die Verbrennung von Verpackungswertstoffen ausgeschlossen.

Die EVP will die Politische Union

Die Europäische Volkspartei (EVP) wünscht, daß „in einem qualitativen Sprung“ die Einigung der Europäischen Gemeinschaft vorangetrieben werde und in die Wirtschafts-, Währungs- und Politische Union münde. Auf ihrem 8. Kongreß in Dublin bekräftigte die EVP, ein Zusammenschluß von dreizehn christlich-demokratischen Parteien in der EG, ihren Willen zur Europäischen Union, die föderal verfaßt sein solle.

Ein geeintes Europa mit starken politischen Institutionen, einer gemeinsamen Währung und einer gemeinsamen Außen-

und Sicherheitspolitik werde in der Welt einen Faktor des Gleichgewichts und der internationalen Sicherheit darstellen, heißt es im Ausblick auf die mögliche Rolle der Gemeinschaft in der Zukunft.

Der Präsident der Europäischen Volkspartei, der belgische Ministerpräsident Martens, sagte, die Fortentwicklung zur Union sei eine realistische Möglichkeit. Auf der Grundlage der Wirtschafts- und Währungsunion könne sich die Gemeinschaft nach Mittel- und Osteuropa öffnen.

Der Vorsitzende der EVP-Fraktion, Egon Klepsch (CDU), sagte, Ziel der Christlichen Demokraten bleibe der föderative Bundesstaat. Die Politische Union sei Maßstab für die Regierungskonferenzen im Dezember.

Die Renten sind und bleiben sicher

Im Zusammenhang mit den Sparbeschlüssen der Bundesregierung zum Etat 1991 versuchen SPD-Politiker, Rentnern Angst zu machen mit der falschen Behauptung, die Renten seien nicht sicher.

Daß die Beschlüsse der Bundesregierung, den Beitragssatz zur Rentenversicherung abzusenken und den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung anzuheben, die Renten nicht gefährden, machen die folgenden Antworten deutlich:

Frage:

Hat eine Absenkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung Einfluß auf die Höhe der Renten?

Antwort:

Nein. Eine Veränderung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung hat keinen Einfluß auf die Höhe der Renten. Selbstverständlich wachsen die Renten weiter wie die Löhne. Für die Berechnung der persönlichen Rente ist die Höhe des erzielten Arbeitsverdienstes maßgebend und nicht die Höhe des jeweils gültigen Beitragssatzes!

Frage:

Wie steht es um die Rentenfinanzen?

Antwort:

Die Rentenfinanzen sind und bleiben sicher. In diesem Jahr steigt die Rücklage der Rentenversicherung um 7,5 auf über 33 Mrd. DM. Das entspricht 2,5 Monatsausgaben der Rentenversicherung. Im nächsten Jahr würde bei unverändertem Beitragssatz die Rücklage um 9 Mrd. auf 42 Mrd. DM anwachsen. Wird der Beitragssatz zur Rentenversicherung zeitlich befristet um 1 Prozent-Punkt gesenkt, bleibt es bei den 33 Mrd. DM Rücklage wie in diesem Jahr — damit bei dem höchsten Finanzpolster seit 1977.

Frage:

Gefährdet eine Beitragsabsenkung nicht die Finanzierung der Renten in der ehemaligen DDR?

Antwort:

Auch das trifft nicht zu. Die Sicherheit der Renten auch in der ehemaligen DDR ist verbürgt. Die Renten dürften in den neuen Bundesländern auch bei einem abgesenkten Beitragssatz zu finanzieren sein. Außerdem hat sich der Bund im Rahmen des Einigungsvertrages verpflichtet, bei Finanzierungsproblemen mit unverzinslichen Darlehen einzuspringen.

Frage:

Kann man die Absenkung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung und die gleichzeitige Anhebung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung als „Verschiebebahnhof“ bezeichnen?

Antwort:

Nein, denn der Rentenversicherung wird ja keine Mark, die die Beitragszahler bezahlt haben, weggenommen. Die Rentenversicherung braucht aktuell die Beiträge in der jetzigen Höhe nicht, weil ihre Rücklagen weit höher sind als die gesetzlich vorgeschriebene Mindestreserve von einer Monatsausgabe. Deshalb hat auch der Verband der Rentenversicherungsträger keine Einwände gegen eine jetzige Beitragssatzsenkung. Die Arbeitslosenversicherung wird demgegenüber im kommenden Jahr ein hohes Defizit haben, das durch eine maßvolle Beitragsanhebung zum Teil geschlossen werden kann.

Frage:

Ist die SPD mit ihrer Kritik glaubwürdig?

Antwort:

Nein. Sie selbst hat am 5. Juni 1990 (Bundestags-Drucksache 11/7357) gefordert, den Beitragssatz zur Rentenversicherung um 0,7 Prozent-Punkte zu senken.

Frage:

Werden nun nicht doch die Arbeitnehmer und Betriebe zur Finanzierung der Einheit stärker belastet?

Antwort:

Wenn die Beiträge zur Rentenversicherung so sinken, wie sie in der Arbeitslo-

senversicherung steigen, bleibt die Belastung der Arbeitnehmer und der Betriebe unter dem Strich gleich. Auch bei einer Absenkung des Renten-Beitragssatzes um 1 Prozent-Punkt reichen die Rücklagen so lange, daß er erst Mitte der 90er Jahre wieder auf den heutigen Stand angehoben werden muß. Dann wird aber die Lage auf dem Arbeitsmarkt auch wieder eine Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung erlauben. So wird es auch längerfristig keine zusätzliche Belastung der Beitragszahler geben.

Auf gutem Kurs

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erklärt zu den Rentenbeschlüssen des Bundeskabinetts: Die Rentner in den neuen Bundesländern holen auf.

Durch die Rentenanpassung um 15 Prozent zum 1. Januar 1991 verändert sich das Verhältnis zur Eckrente in den westlichen Bundesländern von 40:100 auf 46:100. Der Abstand ist immer noch sehr groß. Aber auf dem Weg zu einheitlichen Lebensverhältnissen im einzigen Sozialstaat Deutschland kommen wir einen großen Schritt voran.

Die Rentenanpassung in der alten Bundesrepublik um effektiv rund 5,1 Prozent zum 1. Juli 1991 nimmt sich demgegenüber auf den ersten Blick bescheiden aus. Aber sie wird die höchste Anpassung seit neun Jahren sein. Und von dieser effektiven Rentenanpassung gehen erneut fast 0,3 Prozentpunkte auf das Konto sinkender Beitragssätze in der Rentner-Krankenversicherung — dank der Gesundheitsreform. Die Kaufkraft der Rentner liegt 7,4 Prozent über dem Stand von 1985. Unsere Rentner bleiben verläßlich angekoppelt an den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt.

Die Beitragseinnahmen in den neuen Bundesländern verbessern sich deutlich, wie diese Entwicklungsreihe belegt: Juli 0,53 Mrd. DM, August 1,14 Mrd. DM, September 1,46 Mrd. DM, Oktober 1,77 Mrd. DM.

Mit dem Rentenanpassungsgesetz werden auch rund 0,9 Mio. Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung um voraussichtlich 5,08 Prozent erhöht. Dies entspricht der voraussichtlichen Erhöhung der verfügbaren Renten der gesetzlichen Rentenversicherung.

Außerdem werden rd. 0,6 Mio. Altersgelder und Landabgaberenten in der Altershilfe für Landwirte um 4,8 Prozent erhöht. Der Unterschied zum effektiven Anpassungssatz in der Rentenversicherung beruht auf einer anderen Regelung der Krankenversicherung der Landwirte.

Stimmung in der Ex-DDR steigt

Die allgemeine Stimmungslage in den fünf neuen Bundesländern hat sich nach einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie seit der Vereinigung am 3. Oktober „deutlich verbessert“. 54 Prozent der 1 050 Befragten sehen den nächsten zwölf Monaten mit Hoffnungen entgegen. Im September lag der Anteil bei 47 Prozent.

Wirtschaftliche Lage ist hervorragend

Die Dynamik der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung im bisherigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland hat sich nach Einschätzung des Bundesministers für Wirtschaft zuletzt nochmals verstärkt, während es in den neuen Bundesländern noch zu weiteren Produktionseinschränkungen kam.

Das Bruttosozialprodukt in Westdeutschland hat vom zweiten zum dritten Quartal 1990 beträchtlich zugenommen und dürfte sein entsprechendes Vorjahresniveau um etwa 5½ Prozent übertroffen haben; dabei kamen von einer deutlich anziehenden Nachfrage aus den neuen Bundesländern wiederum erhebliche Impulse. 1990 insgesamt dürfte sich das Bruttosozialprodukt im bisherigen Bundesgebiet real um etwa 4½ Prozent ausgeweitet haben; das ist der höchste Anstieg seit 1976.

Unter dem Einfluß der hohen wirtschaftlichen Aktivität weist der Arbeitsmarkt derzeit die ausgeprägtesten Fortschritte seit den fünfziger Jahren auf. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit Anfang 1988 saisonbereinigt um fast eine halbe Million gesunken; ein Rückgang dieses Ausmaßes wurde zuletzt in der stürmischen Wiederaufbauphase der Nachkriegszeit registriert. Diese günstige Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als in den letzten Jahren außerordentlich viele Personen zusätzlich als Nachfrager nach Arbeit in Erscheinung traten — vor allem aufgrund zahlreicher geburtenstarker Jahrgänge, steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen sowie einer hohen Zahl von Aus- und Übersiedlern. Allein seit Herbst 1982 wollen 1,7 Mio. Erwerbspersonen mehr eine Berufstätigkeit ausüben. Daß der Arbeitsmarkt diese erheblichen Mehrbelastungen nicht nur voll verkraftet hat,

sondern darüber hinaus Raum für einen beachtlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit blieb, macht deutlich, wie grundlegend sich die Beschäftigungssituation gebessert hat.

Rekordzahlen

In den letzten zwölf Monaten konnten über 700.000 zusätzliche Arbeitsplätze besetzt werden — ein Anstieg, wie er selbst in den fünfziger Jahren nur selten erreicht wurde. Seit dem Frühjahr 1983 hat die Zahl der Erwerbstätigen damit um fast 2½ Mio. zugenommen und mit 28,8 Mio. den weitaus höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik erreicht. Die Arbeitsmarktsituation in den alten Bundesländern dürfte sich auch in Zukunft weiter deutlich verbessern.

Dafür sprechen neben der Dynamik des gegenwärtigen Wirtschaftswachstums die jüngsten Umfragen des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) und des Ifo-Instituts, welche sehr optimistische Geschäftserwartungen der Unternehmen und eine hohe Investitionsbereitschaft auch im nächsten Jahr erkennen lassen.

Im starken Gegensatz zu der sehr günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den westlichen Bundesländern steht die gegenwärtige sehr schwierige Lage vieler Betriebe in der bisherigen DDR. Hier treten nun die jahrzehntelangen gravierenden Fehlleistungen der sozialistischen Kommandowirtschaft mehr und mehr zutage. Nachdem die Produktion der Industrie — selbst nach den sehr wenig aussagekräftigen Statistiken der ehemaligen DDR — schon seit Herbst letzten Jahres rückläufig war, mußte sie nun in vielen Betrieben weiter verringert oder ganz eingestellt werden. Ursache hierfür ist zum einen, daß die Menschen

in den neuen Bundesländern ihre Nachfrage nach den dort produzierten Gütern drastisch eingeschränkt haben und vielfach West-Produkte bevorzugen, und zum anderen, daß der Absatz im Ausland wesentlich schwieriger geworden ist. Zugleich zeigt sich jetzt, daß viele Unternehmen technisch hoffnungslos veraltete, personell weit überbesetzt und in ihrer Kapitalsubstanz verbraucht sind.

Die erheblichen Strukturschwächen der Industrie in der bisherigen DDR schlagen sich in steigenden Beschäftigungsproblemen nieder. Die Zahl der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern nahm im Oktober um 92.900 auf 537.800 zu.

Gleichzeitig stieg die Zahl der Kurzarbeiter um 38.300 auf 1,767 Mio.; die Erhöhung fiel damit allerdings wesentlich geringer als in den Vormonaten aus; zwei Drittel der Kurzarbeiter arbeiteten mindestens die Hälfte der regulären Arbeitszeit.

Erste positive Zeichen

Während sich die Beschäftigungsmöglichkeiten in vielen abgewirtschafteten staatlichen Betrieben verringern, gibt es erste Anzeichen dafür, daß parallel dazu neue Arbeitsplätze entstehen. So nimmt die Zahl der den Arbeitsämtern neu gemeldeten offenen Stellen wieder leicht zu, und auch die Zahl der Arbeitsvermittlungen wächst. Vor allem aber kommt es in letzter Zeit in beachtlichem Ausmaß zur Neugründung von Betrieben. Seit Anfang 1990 sind fast 200.000 Gewerbeanzeigen zu verzeichnen, davon allein etwa die Hälfte seit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion. Es wird allerdings noch einige Zeit dauern, bis daß der Zuwachs an neuen Arbeitsplätzen den Rückgang veralteter, in einem modernen Industriestaat nicht mehr zu haltender Tätigkeiten übersteigt.

Die Preisentwicklung wurde zuletzt in erheblichem Ausmaß durch die starken Ölverteuerungen aufgrund der Golfkrise geprägt. Der Preisindex für die Lebenshaltung zog im Oktober in den alten Bundesländern gegenüber dem Vormonat um 0,7 Prozent an und übertraf sein entsprechendes Vorjahresniveau um 3,3 Prozent. Klammert man die starken Preisanhebungen für Mineralölprodukte aus, so lag die Steigerungsrate — wie vor der Annexion Kuwaits durch den Irak — unverändert bei + 2,5 Prozent. Dies zeigt, daß die binnenwirtschaftlichen Preissteigerungsimpulse auf der Verbraucherstufe sich nach wie vor in engen Grenzen halten. In den neuen Bundesländern war das Niveau der Konsumentenpreise im September — neuere Daten liegen hier noch nicht vor — sogar um 3,4 Prozent niedriger als im Jahre 1989.

Die Einfuhren in das bisherige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland haben im dritten Vierteljahr sprunghaft zugenommen. Dazu haben zu einem erheblichen Teil sicherlich auch Bezüge aus dem Ausland beigetragen, die in die frühere DDR weitergeleitet wurden; ihr Ausmaß ist aber statistisch nicht mehr zu erfassen. Die Exporte wurden dagegen dem Werte nach nur leicht ausgedehnt.

Die Leistungsbilanz Gesamtdeutschlands wies im dritten Quartal 1990 einen Überschuß von 13,2 Mrd. DM auf; eine Aufteilung nach alten Bundesländern und der ehemaligen DDR ist hier ebenfalls nicht mehr möglich. Zur gleichen Vorjahreszeit hatte sich für das bisherige Gebiet der Bundesrepublik ein Saldo von + 21,3 Mrd. DM ergeben. Ausschlaggebend für das Plus im Zeitraum Juli bis September dieses Jahres war ein Überschuß von 25,1 Mrd. DM in der Handelsbilanz, dem Fehlbeträge bei den „unsichtbaren“ Leistungen von 12 Mrd. DM gegenüberstanden. ■

Arbeitsmarkt von 1983 bis 1990:

Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann

Die monatlichen Meldungen über die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktlage erfassen im Regelfall nur kurzfristige Entwicklungen. Es erscheint deshalb eine Analyse der längerfristigen Entwicklung sinnvoll.

Die Beeinflussung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit durch die Politik im Wechsel von Regierungsmehrheiten schlägt im wesentlichen erst mittel- bis längerfristig durch. Selbst bescheidene erste kurzfristige Wirkungen sind erst nach einer gewissen Anlaufzeit zu erwarten. Es ist dementsprechend angebracht, beschäftigungspolitische Mißerfolge und Erfolge an den Ausgangsdaten im Jahr nach einem Regierungswechsel zu messen. Dies sind für die Regierung Kohl und die christlich-liberale Koalition das Jahr 1983, für die davor 13 Jahre amtierenden SPD-geführten Regierungen das Jahr 1970.

Bilanz 1970 bis 1983

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit lag 1970 bei 148.846, die Arbeitslosenquote bei 0,7 Prozent. 1983 gab es eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von 2.258.235 (Arbeitslosenquote 9,1 Prozent). In dieser Zeit sank die Zahl der Erwerbstätigen von jahresdurchschnittlich 26.668.000 in 1970 unter Schwankungen auf 26.347.000 in 1983, also um 321.000. Die Zahl der Erwerbspersonen (= Summe von Erwerbstätigen und Arbeitslosen) stieg von 26.816.846 auf 28.605.235, also um 1.788.389.

Im Ergebnis entfielen vom Zuwachs der Arbeitslosigkeit zwischen 1970 und 1983 von 2.109.389 321.000 auf Rückgang der Erwerbstätigenzahlen, dagegen 1.788.389

auf Anwachsen des Erwerbspersonenpotentials.

Es war den SPD-geführten Regierungen im wesentlichen nicht gelungen, die zusätzlich in den Arbeitsmarkt drängenden Menschen in das Erwerbsleben einzugliedern. Die Regierung Kohl und die christlich-liberale Koalition übernahmen so eine ungeheure Vorbelastung, die in 13 Jahren aufgebaut worden war. Hinzu kam im übrigen noch ein Anstieg der jahresdurchschnittlichen Kurzarbeiterzahlen von nur 9.615 in 1970 auf 675.102 in 1983.

Bilanz September 1983 bis September 1990

Zwischen September 1983 und September 1990 gab es

- einen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um 2.061.000 auf 28.810.000, dabei
- einen Rückgang der Arbeitslosenzahl um 406.380,
- einen Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen um 1.654.620.

Die nachstehende Tabelle macht die Entwicklung in den einzelnen Jahren deutlich.

28,8 Millionen Beschäftigte im Westen Deutschlands — das ist Nachkriegsrekord. Binnen Jahresfrist entstanden 700.000 neue Arbeitsplätze. Eine positive Bilanz über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt seit 1983 bis heute zieht der Vorsitzende der Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, MdB Horst Günther.

Tabelle über Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) von September 1983 bis 1990
(in Klammern darunter: Veränderungen zum Vorjahr):

Jahr jeweils September	tatsächlich Erwerbstätige	Arbeitslose	Erwerbspersonen (Erwerbstätige u. Arbeitslose)
1983	26 749 000	2 134 140	28 883 140
1984	26 771 000 (+ 22 000)	2 143 486 (+ 9 346)	28 914 486 (+ 31 346)
1985	27 013 000 (+ 242 000)	2 151 577 (+ 8 091)	29 164 577 (+ 250 091)
1986	27 414 000 (+ 401 000)	2 046 120 (- 105 457)	29 460 120 (+ 295 543)
1987	27 522 000 (+ 108 000)	2 107 122 (+ 61 002)	29 629 122 (+ 169 002)
1988	27 749 000 (+ 227 000)	2 099 863 (- 7 259)	29 848 863 (+ 219 741)
1989	28 109 000 (+ 360 000)	1 880 776 (- 219 087)	29 989 776 (+ 140 913)
1990	28 810 000 (+ 701 000)	1 727 760 (- 153 016)	30 537 760 (+ 547 984)
Gesamtentwicklung von September 1983 auf September 1990	(+ 2 061 000)	(- 406 380)	(+ 1 654 620)

Quellen: Wirtschaft und Statistik 4/1990, Monatsmeldungen Bundesanstalt für Arbeit Oktober 1990 und eigene Berechnungen.

Die positive Entwicklung verlief hinsichtlich der Arbeitslosigkeit bis 1988 verhalten, was aber auch darauf zurückzuführen ist, daß zunächst allmählich die Kurzarbeiterzahlen zurückgingen, bis sie ab der zweiten Jahreshälfte 1988 an Gewicht verloren. Seit dem vierten Quartal 1988 — also seit zwei Jahren — gibt es einen forcierten Abbau der Arbeitslosigkeit um über 370.000, weil ein explosionsartiger Anstieg der Erwerbstätigenzahlen um etwa 1,06 Millionen sogar den starken Zuwachs bei den Erwerbspersonen um rund 690.000 überstieg. Die Arbeitslosenzahl hat im Oktober 1990 mit 1.687.434

den Tiefstpunkt nach November 1981 erreicht; die Arbeitslosenquote (bezogen auf Arbeitnehmer) mit 6,5 Prozent ebenso. Die Kurzarbeiterzahlen haben inzwischen mit unter 40.000 ein bedeutungsloses Tiefniveau erreicht.

Die regionalen Entwicklungen der Arbeitslosigkeit zwischen September 1983 und September 1990

Während in den alten Bundesländern die Arbeitslosenquote im Bundesdurchschnitt von 8,6 Prozent im September

Arbeitslosenquoten in den alten Bundesländern Ende September 1983 und 1990

Landesarbeitsamtsbezirk/Bundesland	Arbeitslosenquote	
	Sept. 1983	Sept. 1990
Schleswig-Holstein/Hamburg	9,8	8,4
davon: Schleswig-Holstein	9,7	7,5
Hamburg	10,0	9,7
Niedersachsen/Bremen	10,8	9,0
davon: Niedersachsen	10,6	8,6
Bremen	13,0	12,7
Nordrhein-Westfalen	10,4	8,4
Hessen	7,1	5,3
Rheinland-Pfalz/Saarland	8,7	6,2
davon: Rheinland-Pfalz	7,8	5,5
Saarland	11,8	8,8
Baden-Württemberg	5,7	3,9
Bayern	7,0	4,4
davon: Nordbayern	8,2	5,0
Südbayern	6,1	3,8
Berlin	9,6	8,7
Bundesgebiet	8,6	6,6

Anmerkungen zu den regionalen Entwicklungen der Arbeitslosenquoten

1983 auf 6,6 Prozent im September 1990 sank, gab es nach Landesarbeitsamtsbezirken und Bundesländern stark differierende positive wie auch negative Entwicklungen, wie nachstehende Tabelle belegt.

Anmerkungen zu den regionalen Entwicklungen der Arbeitslosenquoten:

Die hohen Arbeitslosenquoten im September 1983 hatten sich in allen Bundesländern in 13 Jahren seit 1970 aus Vollbeschäftigungsniveau mit durchweg niedrigen Arbeitslosenquoten heraus entwickelt. Die höchste Arbeitslosenquote hatte im September 1983 Bremen mit 13,0 Prozent, die niedrigste unter den Bundesländern Baden-Württemberg mit 5,7 Prozent, unter den Landesarbeitsamtsbezirken Südbayern mit 6,1 Prozent.

Im Verlauf von sieben Jahren zwischen September 1983 und September 1990 sind die Arbeitslosenquoten überall — wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß — zurückgegangen; die regionalen Gefälle haben sich deutlich verschärft. Überproportional gut verliefen die Entwicklungen vor allem in Bayern (insbesondere Nordbayern). Die beste Position unter den Bundesländern nimmt hinsichtlich der Arbeitslosenquote nach wie vor Baden-Württemberg ein, auch wenn aus einer hervorragenden Ausgangsposition heraus der Abbau der Arbeitslosigkeit prozentual nicht mit anderen Regionen Schritt halten konnte. Am ungünstigsten verliefen die Entwicklungen in den beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg, wo es nur minimale Rückgänge der Arbeitslosenquoten gab. Auf diese beiden Länder entfällt neben Berlin schwerpunktmäßig

Bis auch die Jugendarbeitslosigkeit bei unter 20jährigen, die im Bundesdurchschnitt mit Arbeitslosenquoten von 4,7 Prozent im September 1990 und 4,2 Prozent im Oktober 1990 weit unter dem Durchschnitt lag, dagegen in Bremen im Oktober 1990 bei 9,8 Prozent, in Hamburg bei 8,2 Prozent und in Berlin (West) bei 8,5 Prozent.

Der zielstrebige Abbau der Arbeitslosigkeit auch in einigen alten Bundesländern neben den Herausforderungen, die sich in den neuen Bundesländern stellen, ist und bleibt eine wichtige Aufgabe der regionalen Strukturpolitik. In allen Bundesländern müssen jedoch die in den letzten Jahren erfolgreichen Anstrengungen um Eingliederung benachteiligter Personengruppen in das Berufs- und Erwerbsleben fortgesetzt werden (Behinderte, Langzeitarbeitslose, unzureichend Ausgebildete, ältere Arbeitnehmer). Gefordert sind neben Bund, Ländern und Kommunen auch die Sozialpartner, Unternehmen und Arbeitgeber und die Arbeitnehmervertreter bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern. Allen Genannten gebührt aber auch Dank für das Erreichte.

Einige Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern

Die ersten Arbeitsmarktdaten aus den neuen Bundesländern sind nicht mit früheren Daten vergleichbar. Begründet sind aber Annahmen, daß es in der früheren DDR über längere Zeiträume hinweg eine versteckte Unterbeschäftigung von faktisch über drei Millionen Arbeitslosen gab, die sich zunächst im Zuge des jetzt laufenden Strukturwandels von der „Zentralen SED-Kommando-Verwaltungswirtschaft“ zur „Sozialen Marktwirtschaft“ in offen ausgewiesenen Zahlen der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit niederschlagen muß, soweit nicht neue Arbeitsplätze

geschaffen werden und produktive Arbeitsförderungsmaßnahmen greifen können.

Festzustellen ist generell, daß Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zusammen in den neuen Bundesländern weniger angestiegen sind, als allgemein befürchtet wurde. Die Arbeitslosenquote lag mit 6,1 Prozent im Oktober 1990 unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer von 6,5 Prozent. Von den 1.767.034 Kurzarbeitern haben nur 233.248 75 bis 100 Prozent Ausfall von Arbeitsstunden. „Alte Seilschaften“ hatten hier über Monate hinweg Entwicklungen überdramatisiert.

Im September gab es in den neuen Bundesländern rund 130.000 Ausbildungsstellen für Jugendliche und nur 3.200 nicht vermittelte Bewerber um Ausbildungsstellen. Allerdings waren die Zahlen der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen unter 20 Jahren mit rund 29.000 im September 1990 und 32.000 im Oktober 1990 recht hoch. Hier ist es notwendig, junge Arbeitslose zu beruflicher Ausbildung zu motivieren und von dem mit über 300 Millionen ausgestatteten Bundesprogramm für zusätzliche Ausbildungsstellen in den neuen Bundesländern (betrieblich und überbetrieblich) Gebrauch zu machen.

Die weiteren Beschäftigungs- und Arbeitsmarktperspektiven in alten und neuen Bundesländern

a) In den alten Bundesländern kann in 1991 mit einem weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit um über 500.000 (nach über 650.000 in 1990) gerechnet werden. Es bestehen gute Aussichten, daß die Arbeitslosigkeit auch in 1991 weiter absinkt, nachdem sie im Jahresdurchschnitt 1990 unter 1,9 Millionen absinken dürfte.

Maßnahmen gegen zunehmende Gewalt in Stadien

Am 15. 11. 1990 erörterte Bundesminister Seiders mit den Vorsitzenden der Konferenz der Innen- und Sportminister, mit Vertretern des Deutschen Sportbundes, des Deutschen Fußballbundes und des Deutschen Städtetages sowie des Bundesministeriums des Innern, wie Ausschreitungen bei Sportveranstaltungen verhindert werden können.

Die Gesprächsteilnehmer waren übereinstimmend der Ansicht, daß der Staat vor der Gewalt in und um Sportstätten ebenso wenig zurückweichen darf wie vor politisch motivierten gewalttätigen Ausschreitungen.

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

b) In den neuen Bundesländern dürfte schon im Frühjahr der wirtschaftliche Aufschwung greifen und dann eine allmähliche Besserung der Arbeitsmarktentwicklung zur Folge haben. Schon schnell können Wohnungsbau- und Infrastrukturinvestitionen, Ausbau beruflicher Fortbildungsmaßnahmen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegenwirken, da mit der Funktionsfähigkeit der neuen Bundesländer auch die Voraussetzungen für öffentliche Investitionen und Inangriffnahme von Fortbildungs- und Arbeitsbeschaffungsprojekten besser geworden sind. Viele Mitbürger der neuen Bundesländer werden als Berufspendler Arbeit in den alten Bundesländern finden. Schon heute sind es bereits über 100.000, die gebraucht werden, ohne ihren Kollegen in den alten Bundesländern die Arbeitsplätze wegzunehmen.

Polizeiführungskräfte aus den alten Bundesländern werden den neuen Bundesländern bei der Vorbereitung und Durchführung polizeilicher Einsätze beratend zur Seite stehen. Darüber hinaus werden der Bund und die alten Länder den neuen Bundesländern auf deren Anforderung hin Polizeikräfte zur Verfügung stellen.

Neben diesen Maßnahmen zur generellen Stärkung der inneren Sicherheit wurde eine Reihe von besonderen Maßnahmen gegen die Gewalt in und um Sportstätten erörtert. Vor allem

- Einrichtung einer ständigen Bund/Länder-Arbeitsgruppe „Sport und Sicherheit“, die unter Beteiligung des Deutschen Fußball-Bundes und der Stadionbetreiber alle Erkenntnisse und Erfahrungen regelmäßig zu einem aktuellen „Lagebild Fußball“ zusammenstellt, das als Grundlage für polizeiliche Einsätze und sonstige Maßnahmen herangezogen werden kann.

- Die Innenministerkonferenz wurde gebeten, zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Einrichtung einer Datei möglich ist, in der Personen erfaßt werden, die bei Sportveranstaltungen als Gewalttäter in Erscheinung getreten sind. Daran sollten die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern beteiligt werden.

- Der Deutsche Fußballbund wird mit seiner Sicherheitskommission und in Abstimmung mit den Betreibern der Stadien sowie den zuständigen Behörden kurzfristig eine Bestandsaufnahme über den baulichen Zustand der Fußballstadien in den neuen Bundesländern erstellen.

Rot-grüne Wählertäuschung

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verurteilt das politische Durcheinander in Berlin, erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl, zum Auseinanderfallen des rot-grünen Bündnisses in Berlin. Anstatt die drängenden Probleme der neu zusammenwachsenden Metropole zu lösen, findet in Berlin politisches Gauklertum statt:

- Stimmen aus der Berliner SPD und der Alternativen Liste vergießen ebenso Krokodilstränen über das Auseinanderfallen der rot-grünen Koalition wie SPD-Kandidat Lafontaine und der niedersächsische SPD-Ministerpräsident Schröder. Daraus ist zu schließen, daß eine Neuauflage von rot-grün nach dem 2. Dezember vorprogrammiert ist.

- Der gespenstische Schaukampf scheint auch noch den Zweck zu haben, getrennt in den Wahlkampf zu marschieren, ein Maximum an jeweils eigenem Anhang zu mobilisieren, um sich anschließend um so heftiger ins gemeinsame rot-grüne politische Abenteuer stürzen zu können.

Zu Äußerungen des SPD-Vorsitzenden Vogel, eine Neuauflage des rot-grünen Bündnisses in Berlin sei vorstellbar, erklärt Generalsekretär Volker Rühle: Die SPD betreibt in der Frage des rot-grünen Bündnisses eine großangelegte Wählertäuschung.

Die Äußerungen Vogels belegen, daß die SPD in Berlin weiter mit der AL zusammenarbeiten will, einer Gruppierung, die Gewalttäter in Schutz nimmt. Der Bruch des rot-grünen Senats ist offensichtlich ein reines Schein-Manöver vor der Wahl.

Auch in Bonn steuert die SPD auf eine enge Zusammenarbeit mit den Grünen

zu. Lafontaine hat erst kürzlich in der ARD-Sendung wieder bekräftigt, er habe es immer „für falsch gehalten“ die Grünen auszuschließen.

Die SPD spielt hier mit verdeckten Karten. Sie muß sich in Berlin wie im Bund vor den Wahlen offen dazu bekennen, daß sie eine Zusammenarbeit mit den Grünen will und anstrebt. Das ist sie den Wählern schuldig.

De Maizièrè neuer Vorsitzender in Brandenburg

Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende und frühere DDR-Ministerpräsident de Maizièrè ist in Potsdam mit 201 von 228 abgegebenen Stimmen zum Landesvorsitzenden der CDU in Brandenburg gewählt worden. Auf einem außerordentlichen Landesparteitag stimmten 21 Delegierte gegen ihn, sechs enthielten sich der Stimme. De Maizièrè war der einzige Kandidat für den Landesvorsitz.

Nach seiner Wahl kündigte de Maizièrè, der auch Spitzenkandidat seiner Partei bei den Bundestagswahlen am 2. Dezember ist, eine personelle und programmatische Erneuerung seiner Partei in Brandenburg an. Zur künftigen Rolle der CDU in Brandenburg sagte de Maizièrè, die Oppositionszeit im brandenburgischen Landtag müsse von der Partei als eine einmalige Chance begriffen und kreativ und innovativ genutzt werden. Die CDU werde durch Sacharbeit überzeugen, die Regierung kontrollieren und — wenn es nötig sei — Machtmißbrauch der Regierungsparteien öffentlich anklagen.

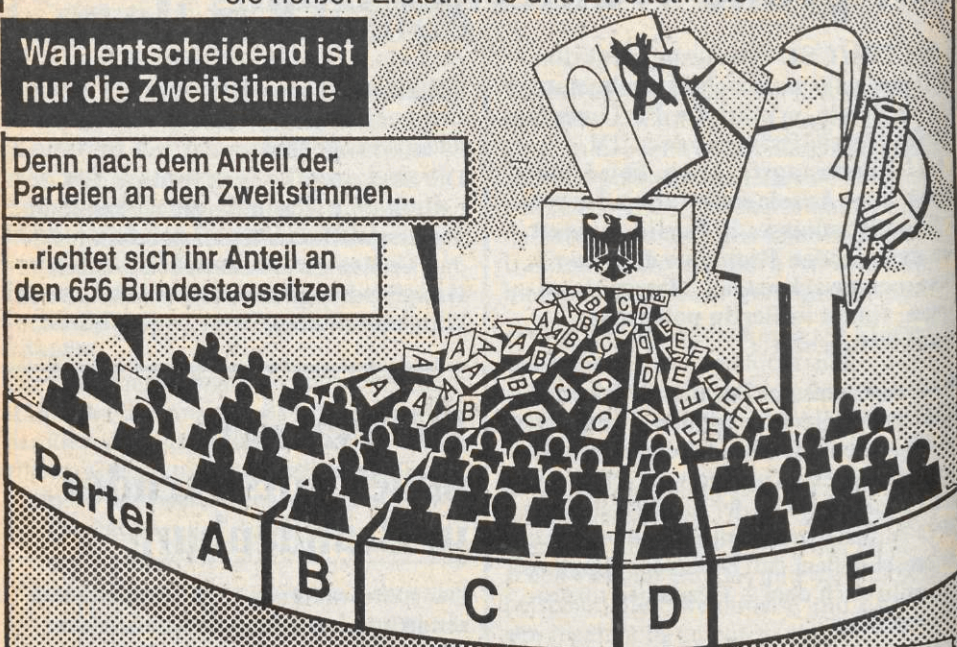
Auf die Zweitstimme kommt es an

Bei der Bundestagswahl hat jeder Wahlberechtigte zwei Stimmen; sie heißen Erststimme und Zweitstimme

Wahlentscheidend ist nur die Zweitstimme

Denn nach dem Anteil der Parteien an den Zweitstimmen...

...richtet sich ihr Anteil an den 656 Bundestagssitzen



Wozu dann noch die Erststimme?

Damit die Wähler direkt über die Person entscheiden können, die ihren Wahlkreis im Bundestag vertritt

G
8611

● Die Parteien stellen Kandidaten in den Wahlkreisen auf.

● In jedem Wahlkreis gibt es nur einen einzigen Sieger; es ist jener Kandidat, der die meisten Erststimmen erhält. Er zieht in den Bundestag ein.

● Da es nur 328 Wahlkreise gibt, ist damit erst die Hälfte der 656 Bundestagssitze besetzt.



● Die andere Hälfte wird so verteilt: Jede Partei zieht von der Gesamtzahl der gewonnenen Sitze (siehe oben) jene ab, die von den Wahlkreissiegern dieser Partei besetzt sind. Die verbleibenden Sitze bekommen Kandidaten von den Landeslisten der Partei.

● Wenn eine Partei mehr Wahlkreissieger hat, als ihr Bundestagssitze zustehen, bekommt sie entsprechend zusätzliche Sitze. Dann erhöht sich auch die Gesamtzahl der Bundestagssitze („Überhangmandate“).

Wahlkampf-Endspurt

Lassen wir uns von Umfrage-Ergebnissen nicht einlullen. Die Wahl ist erst am Wahltag um 18.00 Uhr, wenn die Wahllokale schließen, beendet. Deshalb kämpfen wir bis zum Schluß um jede Stimme. Hier einige Tips für die letzten Tage und den Wahltag:

● Plakate kontrollieren/Nachkleben

Beschädigte Plakatständer mit abgerissenen Partei-Plakaten machen einen schlechten Eindruck. Ein abendlicher Rundgang zahlt sich aus: Ordentliche Partei-Werbung zeigt allen Wählern „hier ist eine engagierte Truppe“ am Werk!

● Zeitung „Deutschland am Wochenende“

Die letzte Zeitung „Deutschland am Wochenende“ ist eines der wichtigsten Wahlkampfmittel, denn mit ihr können wir aktuell bis in die letzten Tage hinein reagieren. Deshalb ist es ganz besonders wichtig, diese Zeitung rechtzeitig zu verteilen.

● Material notfalls selbst abholen

Für die normale Bestellung beim Versandzentrum ist es in der letzten Woche zu spät, da eine rechtzeitige Zustellung nicht mehr garantiert werden kann. Die einzige Möglichkeit für denjenigen, der unbedingt noch Material benötigt: Das Material selbst beim Versandzentrum abholen. Wichtig ist dabei jedoch: Geben Sie Ihre Bestellung unbedingt am Vortage per Fax oder Telefon durch, damit alles rechtzeitig für die Abholung vorbereitet werden kann. Hier noch einmal die Anschrift:

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28

4804 Versmold

Fax: 05423/15321

Tel.: 05423/15227

Die Abholung erfolgt dann bei:

Bertelsmann Distribution GmbH

Herzebrock

Quenhorner Str. 11

4836 Herzebrock

und zwar ist die Abholung montags bis freitags in der Zeit von 7.00 bis 12.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 15.30 Uhr möglich.

● Fahrdienst

Damit am Wahltag z. B. auch ältere Menschen und Gehbehinderte zum Wahllokal kommen, können Sie einen Zubringerdienst organisieren. Erkundigen Sie sich auch wer es in Ihrer Nachbarschaft schwer hat zum Wahllokal zu kommen.

● Telefonische Erinnerung

Bauen Sie eine Telefonkette auf, damit Sie am Wahltag Freunde und Bekannte daran erinnern können zur Wahl zu gehen, ihre Stimme der CDU zu geben.

● Wahlparty

Laden Sie alle Wahlhelfer zu einer Wahlparty ein. Nach dem Wahltag bekommen Sie nie mehr alle Helfer zusammen. Ein gemeinsames Fest verbindet.

● Plakate abräumen

Organisieren Sie rechtzeitig das Einholen der Plakatständer nach der Wahl. Es macht einen schlechten Eindruck, wenn unansehnliche Wahlplakate noch lange nach der Wahl herumstehen oder hängen. Je schneller Sie die Plakatständer wegräumen, desto weniger gehen auch verloren.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Wählen gehen!

Beide Stimmen für die CDU
Zweitstimme
ist
Kanzlerstimme

~~XX~~ **CDU**

Helmut Kohl hat gesagt: Erst am Abend des Wahltages ist die Wahl entschieden. Daher kommt es auf jede Stimme an. Wichtig ist jetzt: 1. Daß alle unsere Wähler zur Wahl gehen und 2. daß sie beide Stimmen der CDU geben.

UiD

38/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421, Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM, Herstellung:  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.